

## «Wir stehen erst am Anfang der Diskussion»

Der Bundesrat will die **Grenzwerte für die Strahlenbelastung** zurzeit nicht verändern. Der **am 22. April gefasste Beschluss** wirkt sich direkt auf den Ausbau der neuen **Mobilfunkgeneration 5G** aus. Entsprechend unterschiedlich fallen die Reaktionen aus.

► SILVIA KESSLER

# A

Auf die Mitteilung des Bundesrates, die Grenzwerte zurzeit nicht zu verändern, reagierte die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) schnell. «Rascher Ausbau der 5G-Mobilfunknetze liegt im Interesse der Berggebiete», übertitelte die SAB ihre Medienmitteilung. Wie wichtig leistungsfähige digitale Infrastrukturen seien, zeige sich nicht zuletzt in der aktuellen Coronakrise. In einem am 24. April veröffentlichten Positionspapier fordert der Verein die beschleunigte Einführung von 5G, insbesondere in den Berggebieten und ländlichen Räumen. Dabei sei sich die SAB der Vorbehalte bewusst, die in Teilen der Bevölkerung gegenüber der neuen Technologie herrschten, geht aus der Mitteilung weiter hervor. «Die SAB weist aber darauf hin, dass 5G in der Schweiz keine neuen Frequenzen nutzt, und dass die bestehenden Immissionsgrenzwerte weiterhin gelten.»

### «Die Sorgen ernst nehmen»

Nationalrat Martin Candinas (CVP) ist Vizepräsident der SAB, und er steht «zu 100 Prozent» hinter der Botschaft des Vereins, wie er sagt. «Die Digitalisierung ist wichtig für das Berggebiet», betont er. 5G werde völlig neue Möglichkeiten bieten, die es zu nutzen gelte. Doch auch ihm sei bewusst, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger Sorgen um die gesundheitlichen Auswirkungen von Mobilfunkstrahlung machten. Er habe durchaus Verständnis für strahlungsempfindliche Menschen, erklärt Candinas. «Die Sorgen müssen wir ernst nehmen.»

Aus dem im November erschienenen Bericht einer bundesrätlichen Arbeitsgruppe gehe jedoch hervor, dass unter Einhaltung der geltenden Grenzwerte eine Gesundheitsgefährdung nicht konsistent nachgewiesen werden könne, so der Nationalrat weiter. Dies werde auch vom Bundesrat bestätigt, und der habe ja soeben entschieden, dass die Grenzwerte nicht gelockert würden. Candinas erwähnt, dass sich



Ausbau schreitet trotz vieler ungeklärter Fragen voran: Ein Arbeiter montiert eine **5G-Mobilfunkanlage**, von denen im Kanton Graubünden bereits **über 100** stehen. (FOTO KEYSTONE)

auch die Internationale Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung (ICNIRP) kürzlich zu den gesundheitlichen Auswirkungen von 5G geäußert habe: «Sie stellt einhellig fest,

dass bereits mit den internationalen Grenzwertempfehlungen der Schutz vor gesundheitlichen Auswirkungen sichergestellt ist.»

### «5G ist längst Realität»

«Dass sich dennoch auch in vielen Bündner Gemeinden Widerstand regt gegen den Neubau von Mobilfunkanlagen respektive gegen den Ausbau von bestehenden Anlagen auf 5G, wird uns Probleme bereiten», fährt Candinas fort. Tatsache sei nämlich, dass das bestehende Mobilfunknetz aufgrund markant steigender Datenströme die Kapazitätsgrenzen erreicht habe. «Es muss sowieso etwas getan werden, denn auf ein lückenlos funktionierendes Kommunikationsnetz will ja auch in Zukunft kaum jemand verzichten.»

Ausserdem sei 5G in der Schweiz längst Realität, so Candinas weiter. Rund 2500 5G-Mobilfunkanlagen seien schweizweit bereits installiert, in Graubünden seien es über 100. Für ein flä-

chendeckendes Netz müssten unter Einhaltung der geltenden Grenzwerte Tausende weitere Mobilfunkstandorte gebaut werden. Es mache Sinn, diese möglichst nahe bei den Nutzern zu er-



«Die Digitalisierung ist wichtig für das Berggebiet.»

MARTIN CANDINAS



«Antworten müssen nicht wir Bürger, sondern die 5G-Experten liefern.»

LUCIEN EISENMANN

stellen, zumal die Strahlung dadurch deutlich abnehme. Diesbezüglich hofft Candinas auf die Solidarität der Bevölkerung, wie er sagt.

Während der Ausbau auf 5G nun gemäss bundesrechtlichen Grundlagen voranschreitet, stellt Candinas fest, dass die neuste Mobilfunktechnologie «ein Riesenthema» sei. Auch in den eidgenössischen Räten komme dies zum Ausdruck, wo seit dem Frühjahr 2019 mehrere Motionen betreffend 5G eingereicht worden seien. Ausserdem seien mehrere Volksinitiativen gegen den Mobilfunkstandard 5G lanciert worden. «Die Politik und die Bevölkerung werden in den kommenden Jahren somit noch viele Fragen zu 5G und den Grenzwerten beantworten dürfen und müssen. Wir stehen erst am Anfang der Diskussion», so Candinas.

### «Netzwerke zeigen offenbar Wirkung»

Viele noch ungeklärte Fragen zu 5G hat auch Lucien Eisenmann, Mitglied des seit Juni 2019 aktiven Domleschger Vereins für ein 5G-freies Tal. So macht der Mediamatiker aus Dusch darauf aufmerksam, dass eine Messmethode für die adaptiv strahlenden 5G-Antennen erst in Ausarbeitung sei. Zurzeit würden Testmessungen durchgeführt. Adaptive Antennen passten sich selbstständig den Nutzerbedürfnissen an und veränderten bis zu 83 Millionen Mal pro Tag ihre Einstellungen. Darauf sei die vorhandene Messmethode für konventionelle Antennen nicht weiterentwickelt worden. Er bezweifle daher, dass die Einhaltung der Grenzwerte tatsächlich jederzeit garantiert werden kann.

Erfreulich sei indes, dass sich unterdessen mehrere Bundes- und andere Ämter mit dem Thema 5G beschäftigten, so Eisenmann weiter. «Die vielen in jüngerer Vergangenheit entstandenen Netzwerke zeigen offenbar Wirkung.» Seines Erachtens müsste der weitere Ausbau von 5G jetzt landesweit gestoppt werden, bis die Testmessungen abgeschlossen und die Einhaltung der Grenzwerte belegt werden könne. Zudem könnten schädliche Auswirkungen von Mobilfunk auf die Gesundheit nach wie vor nicht ausgeschlossen werden. «Auch Antworten auf solche Fragen müssen jedoch nicht wir Bürger, sondern die für den 5G-Ausbau zuständigen Experten liefern.»

## Emser Parlament tagt im Zeichen der Corona-Krise

Der Emser Gemeinderat hat am vergangenen Montagabend erstmals **unter Ausschluss der Öffentlichkeit** getagt.

**Gemeindepräsident Erich Kohler** erläuterte die Massnahmen zur Coronakrise und es wurde die **Schaffung eines Kulturhauses** beschlossen.

Infolge der Coronakrise wurde die Sitzung des Emser Gemeinderates am letzten Montagabend per Videokonferenz durchgeführt. Ratspräsident Martijn van Kleef (SP) leitete zusammen mit dem Ratsbüro vom Gemeindehaus aus die Sitzung, an der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer digital miteinander verbunden waren. In seiner Information zur Coronakrise erläuterte Gemeindepräsident Erich Kohler die verschiedenen Massnahmen der Gemeinde, die inzwischen ergriffen wurden. Laut Lagebericht des kantonalen Führungsstabes weise die Region Imboden eine niedrige Infizierungsquote aus. Gerne richte er den Dank an die Bevölkerung «für die konsequente Einhaltung der Massnahmen, für die Disziplin und den Durchhaltewillen» zur Eindämmung der Pandemie, so Kohler. Für die Unterstützung von Wirtschaft und Gewerbe würden sämtliche eingehenden Rechnungen schnellstmöglich beglichen. In der Verwaltung seien Massnahmen zum Schutz der Mitarbeitenden wie der Kundschaft konsequent

und rasch umgesetzt worden. Die breite Palette von digitalen Angeboten wie auch Kundenkontakte unter Einhaltung des Social Distancing garantierten auch während der Coronazeit bestmögliche Dienstleistungen. Der Rat erklärte in diesem Zusammenhang eine Interpellation von Ronny Krättli (SVP) für dringlich, die sich mit der Garantie der Löhne von Gemeindeangestellten infolge der Einschränkungen durch die Corona-Krise befasste.

### Neu ein «Kulturhaus»

Ein wichtiges Sachgeschäft bildete die «Instandstellung der Liegenschaft Tircal 14». Seit einigen Jahren befindet sich dort die Gemeindebibliothek. Nun soll es dort attraktive Räumlichkeiten für die Musikschule und Vereine geben, es soll ein eigentliches Kulturhaus entstehen. Das Haus war 1915 im Auftrag vom «Consumverein Ems» gebaut worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg kaufte die Katholische Kirchgemeinde das Anwesen und richtete im Erdgeschoss einen Saal für Veranstaltungen ein, der da-

nach als «Freizeitzentrum» rege genutzt wurde. 2001 baute die politische Gemeinde die Liegenschaft um: Im Erdgeschoss wurde die Gemeindebibliothek, in den oberen Stockwerken Räu-

me für das Kreisamt und das Bezirksgericht eingerichtet. Inzwischen haben das Regionalgericht und die Behörden in der von der Bürgergemeinde erbauten «Ca sil Plaz» einen repräsentativen

Standort gefunden. Damit ergab sich die Chance, die frei gewordenen Kapazitäten zu nutzen. Im Parterre wird sich weiterhin die Gemeindebibliothek befinden. In den zwei frei gewordenen Etagen soll die im Jahr 1975 gegründete Musikschule Ems-Felsberg einziehen. Diese hat sich seit ihrer Gründung stark vergrössert, arbeitet mit verschiedenen Nachbargemeinden zusammen und beschäftigt über 30 Lehrkräfte. Endlich könne «die unbefriedigende, räumliche Situation im alten Pavillon Rieven» und in verschiedenen Provisorien gehoben werden, so die Botschaft. Neben der Bibliothek und Musikschule sollen im Kulturhaus, in der «Ca da cultura», auch weitere kulturelle Anlässe stattfinden können. Die Kosten belaufen sich für die Instandstellung auf insgesamt 328 000 Franken, das Parlament stimmte der Vorlage mit 15:0 Stimmen zu. Klar überwiesen wurden schliesslich auch Postulate zur Überprüfung des Grundwassers und zur pädagogischen Begleitung des «IT-Konzept Verwaltung und Schule». CLAUDIO WILLI



Die **Liegenschaft Tircal** wird zum Kulturhaus. (FOTO ZVG)